geschaffen wird, weiß die Arbeiterschaft ganz genau, daß die Klöckner, Krupp, Silverberg und Konsorten nichts umsonst tun. Für ihren „heldenhaften Ruhrkampf" haben die rheinisch-westfälischen Unternehmer sich 700 Millionen Goldmark Reichsgelder schenken lassen, und auch ihre jetzige Aktion hat ganz konkrete geschäftliche Ziele.

Erstens werden die Großunternehmer, die sich an der Ausfallsgarantie beteiligen, fordern, daß nunmehr alle Kredite, die über die Golddiskontbank und Reichsbank zufließen, ihnen restlos zur Verfügung gestellt und den kleineren Unternehmungen rücksichtslos vorenthalten werden. Erst in der letzten Zeit sahen wir ein schlagendes Beispiel für ein solches Vorgehen. Die Sowjetaufträge sollten nach dem Willen der Besteller nicht nur an die Riesenunternehmungen, sondern auch an zahlreichere kleinere Betriebe verteilt werden. Aber die Großbanken knüpften an die Hergabe der für die kleineren Betriebe unentbehrlichen Betriebsmittel so ungeheuerliche Bedingungen, daß die kleineren Unternehmer diese Kredite nicht in Anspruch nehmen und auf die Annahme der Sowjetaufträge verzichten mußten, die dann den großen Konzernen zufielen. Unter Berufung auf ihre Ausfallsbürgschaft werden nun die großen kapitalistischen Haifische veranlassen, daß den kleinen Unternehmungen rücksichtslos die Kredite abgesperrt werden, was den Zusammenbruch vieler kleiner Betriebe zur Folge haben muß. So soll diese „Vereinigung der Wirtschaft" durchgeführt werden, was für viele Tausende von Arbeitern Erwerbslosigkeit zur Folge haben wird.

Aber die Vernichtung der kleineren Unternehmungen ist nicht das einzige Ziel der großen Haifische, es kommt ihnen auf einen viel größeren Raubzug an. **Die großkapitalistischen „Retter" fordern jetzt unter Berufung auf ihren „Patriotismus" von ihrer Brüningregierung die rasche Durchführung ihrer sozialpolitischen Forderungen.** Sofort schrieb die „DAZ." vom 8. Juli:

„Freilich können wir es uns nicht versagen, schließlich noch den einen Gesichtspunkt anzudeuten, daß der Staat angesichts der großen opferbereiten Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft auch seinerseits die moralische Verpflichtung hat, alles zu tun, damit das Gesundungswerk gelingt."

Das ist die Forderung nach Durchführung der Unternehmerforderungen. Die Arbeiterschaft kennt diese Forderungen: einen neuen Lohnabbau von mindestens 20 Prozent, noch schärferen Abbau der Arbeitslosenunterstützung, der Invalidenunterstützung, **radikaler Abbau aller sozialen Leistungen, Auslieferung der kommunalen Werke usw.** Es ist klar, daß die Brüningregierung sich beeilen und alles tun wird, um die Forderungen des Monopolkapitals zu erfüllen. Sofort nach Abschluß des Tributmoratoriums erließ die Reichsregierung einen Aufruf, in dem es heißt:

„Deutschland ist auch nach Eintritt des Feierjahres keineswegs seiner wirtschaftlichen und finanziellen Nöte überhoben. Es kann die ihm verbleibenden Mittel nicht benutzen, um die Opfer, die die Regierung der Bevölkerung hat zumuten müssen, bei aller Milderung gewisser Härten herabzusetzen. Die gesamten Erleichterungen, die der Hooverplan Deutschland bringen wird, werden zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen restlos benötigt und verwendet werden."

Damit ist klar und deutlich gesagt, daß die Brüningregierung nicht daran denkt, die ungeheuren Lasten, die der werktätigen Bevölkerung aufgewälzt wurden, irgendwie herabzusetzen. Aber die Unternehmerforderungen sollen erfüllt werden. Die großkapitalistischen Haifische, die durch den Lohnabbau der Arbeiterschaft Milliarden über Milliarden geraubt haben, die Milliarden ins Ausland schoben, wollen jetzt einen neuen gewaltigen Raubzug unternehmen. Es ist nicht nur so, daß von den 2 Milliarden, die auf Grund des Moratoriums erspart werden, den Arbeitern kein Pfennig zugute kommen soll, es sollen ihnen weitere Milliarden abgepreßt werden.

Diese Raubgelüste der großkapitalistischen „Retter" müssen endlich auf die geschlossene Gegenwehr aller werktätigen Schichten stoßen. Eine gemeinsame Front aller Opfer der Notverordnung muß jede neue Verschlechterung auf sozialpolitischem Gebiete abwehren und die Rückgängigmachung des Raubes an den Arbeitslosen, Kriegsopfern, Sozialrentnern usw. fordern.

Die Gefahr des neuen Lohnraubs muß die Betriebe aufrütteln. In diesen Tagen haben bereits die Mansfeld AG., die Firma Lanz, Mannheim, die Forderung auf 20 Prozent neuen Lohnabbau gestellt, im Ruhrgebiet bereiten die Unternehmer mit Massenentlassungen die neue Lohnabbauoffensive vor. Die Arbeiterschaft aber kann sich keinen neuen Lohnraub gefallen lassen. Der Kampf muß aufgenommen werden und er geht gleichzeitig um die Zurückeroberung des geraubten Lohnanteils und energischer als je um die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Wo mittels der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich ein Lohnraub durchgeführt werden soll, muß er mit der Waffe des Streiks abgewehrt werden. Nur wenn für die verkürzte Arbeitszeit der volle Lohnausgleich erkämpft wird, die Arbeiter also nicht allein schon durch den Hunger zu erhöhter Arbeitsleistung angepeitscht werden, können durch die 40-Stunden-Woche Arbeitslose Beschäftigungsmöglichkeit finden.

In diesen Tagen muß sich das Bündnis der Betriebsarbeiter und Arbeitslosen bewähren. Die Einheitsfront im Kampf gegen die kapitalistischen Lohnräuber, deren Offensive von den SPD.-Führern und der christlichen Gewerkschaftsführer unterstützt wird, kann nur hergestellt werden, indem sich alle kampfbereiten Proletarier um die Kommunistische Partei und um die RGO. scharen.

Vorwärts für Arbeit und Brot! Streik gegen jeden Lohnabbau!

Arbeitersportfest Bernau verboten

Potsdam, 9. Juli (Eig. Meld.)

Schon seit längerer Zeit hatte der Arbeiter-Sportverein Bernau ein größeres Sportfest organisiert, das am kommenden Sonntag stattfinden sollte. Das Sportfest war vom Bürgermeisteramt erlaubt worden, da man mit dem besten Willen keine staatsfeindliche Aktion in diesem Sportfest sehen konnte. Der Regierungspräsident von Potsdam, anscheinend von der Sportfeinde-Verbandswut erfaßt, hat nunmehr dieses Sportfest ebenfalls verboten.

Die SPD rettet wieder Schieck

Die Abstimmungen in der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtages

Dresden, den 8. Juli 1931.

Bei der Beratung und der Abstimmung in der heutigen Landtagssitzung herrschte starke Nervosität in der Schlußrede. Durch zahlreiche meist kommunistische Anträge zu den verschiedenen Etatkapiteln sind Höherziehungen von etwa 65 Millionen beschlossen worden. Hinter den Kulissen wird eifrig gekuhhandelt. Nur mit knapper Mehrheit wurden die Gehälter der Minister bewilligt. Darin kommen die wachsenden Schwierigkeiten zum Ausdruck für die Schieckfront von der SPD bis zu den Nazis, die Manöver gegen die rebellierenden Werktätigen durchzuführen. Die Nazis betonten immer wieder ihre absolute Legalität. Die SPD versucht ihr „linkes" Gesicht zu wahren. Das gelingt ihr immer weniger. Die Kommunisten durchkreuzten alle Manöver und noch zum Schluß die Absicht den Etat hemmungslos durchzupeitschen. Genosse Renner betonte, daß die kommunistische Fraktion unter allen Umständen auf Einhaltung der Fristen besteht. Daraufhin wurde beschlossen, die dritte Lesung in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend vorzunehmen. So soll Schieck mit Hilfe der SPD und Nazis die Bahn freigemacht werden durch schnelle Beurlaubung des Landtags bis zum Herbst.

Zu Beginn der Sitzung erfolgten die Abstimmungen der Etat-Kapitel Kunst und Theater und der dazugehörigen Anträge. Die Vorschläge des Ausschusses betreffend Zuwendungen an die Heimatorganisationen wurden abgelehnt. Die Nationalsozialisten erklärten durch Studentkowitz, daß sie sich wie der einmal besonnen haben, und werden das Gehalt des Generalmusikdirektors ablehnen. (Schallendes Gelächter im ganzen Haus) Bei der Abstimmung erfolgte dann die Ablehnung des Gehalts. Gegen die kommunistischen Stimmen wurden die Einstellungen der allgemeinen Kassenverwaltung angenommen. Der kommunistische Antrag, die gefaßten Beschlüsse über Einführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich endlich zur Durchführung zu bringen, die Arbeiter und Angestellten der ASW für die **durch Kurzarbeit ausfallenden Arbeitsstunden durch vollen Lohnausgleich zu entschädigen, wurden im ersten Teil abgelehnt, im zweiten Teil angenommen.** Angenommen wurde der Entschließungsantrag auf **Vereinheitlichung der Stromtarife und Verbilligung für Kleinabnehmer hinzuwirken.** Ebenso die **Eingabe des Stromversorgungsverbandes Oelsnitz-Erzgeb.**, der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Abgelehnt wurde die Abschaffung der Zahlermieten. Der Regierungsentwurf für das Landesfinanzausgleichgesetz wurde im wesentlichen nach dem Vorschlag des Rechtsausschusses angenommen. **Die kommunistischen Anträge auf Staffelung der Grundsteuer und Steuerfreiheit bis zu 10 000 Mk. Einheitswert, wurden abgelehnt.** Die Rechtsausschußvorschläge angenommen. Die kommunistischen Anträge gegen die Notverordnung wurden bekanntlich durch den Rechtsausschuß in ihr Gegenteil verkehrt. Sämtliche kommunistische Anträge wurden damit abgelehnt. Bei dem Kapitel **Landwirtschaftsbetriebe** wandte sich die **SPD gegen das Recht der Arbeiterschaft, durch den Betriebsrat abweichende Vereinbarungen von den geltenden Sonderverträgen über das Deputat zu beschließen.**

Der kommunistische Antrag zur Unterstützung der Klein- und Mittelbauern wurde gegen die kommunistischen Stimmen abgelehnt. Sowohl Landvolk und Nazis als auch die SPD stimmten gegen diese Bauernforderungen. Ebenso wie gegen den kommunistischen Antrag auf Zurücknahme einer Regierungsverordnung über die Schonzeiten für Wild. Der kommunistische Antrag, für Landwirtschaftsbetriebe bis zu einem Einheitswert von 30 000 Mark den **Grundbeitrag für die Landwirtschaftskammer von 2 Mark zu beseitigen** und die Summe auf die größeren Betriebe gestaffelt umzulegen, wurde von den Nazis, den Landbündlern und Sozialdemokraten mit den übrigen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Auch der kommunistische Antrag die **Gebühren für Schlachtvieh- und Fleischbeschau** bei Kleinbesitzern auf die **Staatskasse zu übernehmen.** Für die Lufthansa wurden einmal [illegible] in den Staatshaushalt eingestellt. Zur Förderung der [illegible] fliegerischen Luftausrüstung wurden dem Schieckkabinett 300 000 [illegible] bewilligt.

Anschließend erfolgte die Beratung der von der SPD und KPD gestellten Anträge auf Bereitstellung von Mitteln für die im Gebiet Schwarzenberg durch die Hochwasserkatastrophe Geschädigten. Genosse Scheffler begründete den kommunistischen Antrag und wies daraufhin, daß der Staat verpflichtet sei, umfassende Hilfe zu gewähren. Es genügt nicht, einige Beileidskundgebungen zu veröffentlichen.

Die Bürgerlichen waren während der Begründung fast überhaupt nicht im Saale anwesend.

Die Kommunisten lehnen eine Sammelaktion als **unzureichende Staatshilfe.** Auch der Genosse Renner lehnte nochmals kategorisch, daß der kommunistische Antrag angenommen wird. Es genügt nicht, die Regierung nur um Hilfe zu ersuchen. Es ist erforderlich, daß die **Regierung ganz bestimmte Anweisung erhält, wie sie die Hilfe durchführen soll.** Genosse Renner wies auf die bisherigen Erfahrungen hin und betonte, daß die Kommunisten es ablehnen, sich mit Vertröstungen abspeisen zu lassen. Es sollen ganz bestimmte Beträge gezahlt werden. Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt und lediglich beschlossen, daß den Hochwassergeschädigten geholfen werden soll.

Anschließend wurden die Kapitel zu den verschiedenen Ministerien in zweite Beratung genommen. Für die kommunistische Fraktion nahmen die Genossen Siegel und Scheffler scharfe Stellung **gegen die Klassenjustiz.** Sie wiesen auf das ungeheuerliche Klassenurteil in Cottbus hin und betonten, daß die Kommunistische Partei die Massen gegen diese Schandjustiz mobilisiert und zum Kampf ruft.

Bei der Abstimmung über die einzelnen Ministerien herrschte erst großes Durcheinander. Die SPD stimmte gegen das Gehalt des Ministerpräsidenten erklärte aber, sie enthalte sich der Stimme. Es wurde für alle Minister **namentliche** Abstimmung vorgenommen. Bei Abstimmung zum Ministerpräsidenten stimmte [illegible] ja u. 29 mit nein, bei 31 Stimmenthaltungen. **Mit nur 1 Stimme Mehrheit wurde somit Schieck das Gehalt bewilligt.** Die Beschlußfassung über die übrigen Gehälter wurde an den Haushaltsausschuß verwiesen. Der Antrag auf Abberufung Graßmanns wurde abgelehnt. **Die SPD stimmte bei allen Kapiteln für die von der Regierung in der Vorlage vorgesehenen Einstellungen. Damit hat sie dem reaktionären Schieckkabinett alle Mittel im Kampf gegen die Arbeiter bewilligt.**

Nächste Sitzung Freitag 24 Uhr.

Sozialdemokraten verklagen Severing

— wegen Agitationsbehinderung und Kirchenfreundlichkeit / Seydewitz kriecht zu Kreuz

Berlin, 8. Juli. (Eig. Bericht.)

Ein charakteristisches Bild über die Lage innerhalb der Sozialdemokratischen Partei geben 2 Gerichtsklagen, die sozialdemokratische Parteimitglieder gegen ihren eigenen Parteigenossen Severing angestrengt haben.

Die eine geht aus von der **Deutschen Friedensgesellschaft, in deren Vorstand eine Anzahl bekannter Sozialdemokraten sitzt.** Sie richtet sich gegen die ungesetzliche **Beschlagnahme von Flugblättern gegen den Panzerkreuzer und gegen das Verbot eines Plakates „Panzerkreuzer statt Brot".** Die Klage ist erhoben beim obersten preußischen Verwaltungsgericht, und zwar **gegen den preußischen Innenminister Severing, auf dessen direkte Veranlassung** das Flugblatt verboten worden ist. Der Rechtsvertreter der Deutschen Friedensgesellschaft gegen den Sozialdemokraten Severing **ist kein anderer als der Sozialdemokrat Dr. Rosenfeld!**

Der andere Prozeß geht aus vom **Deutschen Freidenkerverband und der Allgemeinen Freien Lehrergesellschaft,** die Klage gegen den preußischen Staat erhoben hat, weil Severing und der SPD-Kultusminister Grimme gegenwärtig eine **Anstellungssperre für dissidentische Junglehrer** an Volksschulen durchführen. Das Gericht hat in diesem Prozeß anerkannt, daß die Anstellungssperre für dissidentische Lehrer **verfassungsmäßig unzulässig** sei.

Bietet die SPD nicht ein jammervolles Bild? Die SPD-Mitglieder müssen den Weg über die Klassenjustiz benutzen, um auf ihre eigenen Ministergenossen einzuwirken. Daß dabei nichts herauskommt als nur weitere Enttäuschungen, ist selbstverständlich; denn die SPD-Führer lassen sich in ihren Handlungen ja nicht leiten vom Wunsche ihrer Mitglieder, sondern von den Befehlen derjenigen, die in Wirklichkeit in Deutschland die Regierungsmacht ausüben.

Ueber die Hintergründe des letzten Mahnrufes der „linken" SPD-Führer erfährt man jetzt charakteristische Einzelheiten: Auf der letzten Fraktionssitzung der „linken" wollten Rosenfeld und Seydewitz jede Zuspitzung gegenüber dem Parteivorstand vermeiden. Als dann die Vertreter Breslaus und des Ruhrgebietes mit selbständigem Vorgehen drohten, die offizielle Konstituierung der Fraktion als „sozialistische Arbeitsgemeinschaft" forderten und ein Aktionsprogramm vorschlugen, erklärte Rosenfeld, er lehne das ab und sei nur für irgendeine „Demonstration". Ein Zwickauer Vertreter sagte danach, man könne die radikalisierten SPD-Arbeiter so nicht mehr in der SPD halten und schlug eine Unterschriftensammlung vor. Das wurde dann beschlossen. Daraufhin hielt Seydewitz eine besondere Besprechung mit Löbe ab, den er darüber informierte, daß anders als durch den gefaßten Aufruf eine Spaltung der Fraktion nicht zu verhindern sei. Löbe sollte den Parteivorstand informieren. Das Peinliche in dieser Situation wäre, erklärte Seydewitz, über die ganze Angelegenheit keinen Lärm zu schlagen; die Sache würde schon verlaufen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter sehen daraus, daß ihr einziger Weg nur der Bruch mit der SPD und der Arbeitsgemeinschaft mit der KPD sein kann.

Am 9. August Volksentscheid in Preußen

Berlin, 9. Juli 1931 (Eig. Meldung)

Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, den Volksentscheid über die Auflösung des preußischen Landtags auf Sonntag, den 9. August festzusetzen. Es ist dies der frühste Termin, zu dem die nötigen Vorarbeiten abgeschlossen werden können.

Die letzten Verbote Severings, die sich gegen die Arbeiterklasse richten, werden die Volksmassen veranlassen, außerparlamentarisch stärker noch als bisher sowohl gegen die Terrorregierung der Sozialfaschisten Severing-Braun, die eine Stütze der Brüningdiktatur ist, als auch gegen die Sozialfaschisten zu kämpfen.

Offene Anfrage an das Dresdner SPD- und Nazi-Blatt!

Die „Arbeiterstimme" veröffentlichte in den letzten Tagen Artikel, in denen von den Riesenpensionen in Sachsen Mitteilung gemacht wird. Danach beziehen 161 Großpensionäre über 800 Mark monatlich, darunter erhält eine ganze Anzahl bis 1000 Mark pro Monat. Warum verschweigt die Volkszeitung und der Freiheitskampf diese aufrüttelnden Tatsachen völlig ihren Lesern?

Weil sie Organe des Kapitals und damit der Großpensionäre sind, unter denen sich Nazis und Sozialdemokraten befinden. Weil Volkszeitung und Freiheitskampf volksfeindliche Blätter sind, die auf die Interessen der Werktätigen pfeifen. Streicht mit diesen Blättern aus den Wohnungen der Arbeiter, unseren Beamten, Angestellten, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern! In die Wohnungen des Volkes gehört als Tageszeitung die „Arbeiterstimme", als Wochenzeitung das „Ostsächsische Volksecho", das ab 1. August erscheint.

Wie perfide die Volkszeitung die Kapitalsinteressen vertritt, beweist ihr Kommentar zum „Rote-Fahne"-Verbot. Es lautet wörtlich:

„Man fand daraus (aus der amtlichen Mitteilung des Polizeipräsidiums Berlin!) **nur den Schluß ziehen, daß das Blatt es darauf angelegt hat, verboten zu werden.**"

So unterstützt das SPD-Blatt den faschistischen Polizeiterror in Deutschland.

Die Rote Hilfe beschließt: Jedes Mitglied der RH abonniert die „Arbeiterstimme" bzw. das „Ostsächsische Volksecho"

In der am 4. und 5. Juli stattgefundenen Sitzung des Bezirksvorstandes der Roten Hilfe Sachsens wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die sich ständig verschärfende Lage verlangt die höchste Aktivität aller Mitglieder. Die deutsche Arbeiterschaft steht vor schweren Entscheidungen. Es kommt auf jeden einzelnen an, um die Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit zu organisieren. Das Rüstzeug zu diesem Kampfe findet die Arbeiterschaft in der kommunistischen Presse. Die Brüning-Diktatur richtet deshalb auch in immer steigenderem Maße ihre Angriffe gegen die Presse der KPD. Zeitungsverbote, Ueberfälle auf die Redaktionen, Verurteilungen der Redakteure, sind an der Tagesordnung. Es ist daher die Pflicht aller Arbeiter, ihre Presse zu schützen und zu unterstützen. Der Bezirksvorstand verpflichtet deshalb alle Mitglieder der Roten Hilfe

1. sofort die Tageszeitung der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Mittelständler, die „Arbeiterstimme" zu abonnieren;

2. sich in die Abonnementslisten der ab 1. August erscheinenden Wochenzeitung „Ostsächsisches Volksecho" einzuzeichnen.